

Presseerklärung

Erlanger IT-Unternehmer: Antidiskriminierungsgesetz Irrweg

Erlangen, 16.06.2006 – Der Erlanger Informatik-Unternehmer Wolfhart Grote hat das Gleichbehandlungsgesetz, das der Bundesrat heute behandelt, scharf kritisiert: „Das Antidiskriminierungsgesetz ist ein gefährlicher Irrweg und kostet Arbeitsplätze. Es muß endlich Schluß sein mit den Gängeleien. Wir Mittelständler sind die eigentlich Diskriminierten!“ Grote erwartet, daß viele Unternehmer der Region sich aufgrund des Gesetzes zunächst mit Einstellungen zurückhalten werden, bis sie sich mit den Fußangeln des Gleichbehandlungsgesetzes vertraut gemacht haben.

Grote leitet seit über zwanzig Jahren das IT-Unternehmen infolab. Während dieser Zeit habe die staatlich verordnete Bürokratie immer weiter zugenommen. Das Gleichbehandlungsgesetz sei ein weiterer Höhepunkt dieser Entwicklung. „Die Politik redet immer vom Bürokratieabbau. Das Motto der Bundesregierung lautet: ‚Mehr Freiheit wagen‘. Und was macht sie? Genau das Gegenteil!“ klagt Grote. Besonders ärgert ihn, daß das Gesetz über die Vorgaben der Europäischen Union weit hinausgeht. Die EU schreibe lediglich den Schutz vor Diskriminierung wegen Rasse, ethnischer Herkunft und Geschlecht vor. Die schwarz-rote Regierungsmehrheit habe ohne Not die Merkmale Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Identität dazugenommen.

Da zu allem Überfluß der Arbeitgeber die Beweislast für unterstellte Gesetzesverstöße trägt, entstehe ein gewaltiger Aufwand zur Dokumentation von Bewerbungsgesprächen. Bei einem Bewerber sei auf Teamfähigkeit, Denkstrukturen oder fachliche Kompetenz zu achten. Zusätzlich müsse nun der Arbeitgeber Kriterien klären und dokumentieren, wie die Religionszugehörigkeit, die nichts mit der Qualifikation zu tun hat. Wer das nicht tue, laufe Gefahr, völlig unschuldig ins Visier zwielichtiger Antidiskriminierungsadvokaten zu geraten, die Schadensersatzzahlungen für abgelehnte Stellenbewerber herausschlagen möchten. Grote: „Der Gesetzgeber hat damit den zu Schützenden einen Bärendienst erwiesen, da diese als Risikogruppe womöglich gar nicht erst eingeladen werden.“

Schon bieten Antidiskriminierungsgewinnler Seminare an, mit denen sich Mitarbeiter zu „Antidiskriminierungsbeauftragten“ weiterbilden können. Grote kann über die Ideen aus Berlin nur den Kopf schütteln: „Die Bundesregierung wäre besser beraten, sich weniger über bürokratische Behinderungen Gedanken zu machen, als darüber, wie sie ein Klima für neue Arbeitsplätze erzeugt.“